

20 Jahre



„kommunalpolitisches forum“
Sachsen-Anhalt e.V.

Kommunal – Information

01.04.2013



Inhalt

1. Themen

- 1.1 Kommunaldatenbank
- 1.2 Kommunale Finanzen
- 1.3 Daseinsvorsorge
- 1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)
- 1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung
- 1.6 Verschiedenes

2. Problemfelder aus Landtag und Land

3. Veranstaltungen

4. Veröffentlichungen

5. Kontakte

1.1 Kommunaldatenbank

Unter dem Link <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von linken KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben. Diese Datenbank wächst und gedeiht aber nur, wenn alle mithelfen und ihre Anträge zur Einstellung weiterreichen an felicitas.weck@die-linke.de.

1.2 Kommunale Finanzen

- **Staatsschuldenkrise« und Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand. Alternativen zur Politik der leeren Kasse**

In dieser Broschüre stellen Barbara Höll, Richard Pitterle und Axel Troost dar, welche Probleme sich im Gefolge der Finanz- und Steuerpolitik der vergangenen 14 Jahre entwickelt

haben: steigende Ungleichheit, geringeres Wirtschaftswachstum, mehr Staatsverschuldung sowie kaum noch handlungsfähige öffentliche Haushalte. Um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken, hat DIE LINKE in den vergangenen Jahren auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eine Vielzahl von Forderungen aufgestellt. [Mehr dazu auf der Website von Axel Troost.](#)

- **Investitionsschwäche der Kommunen setzt sich fort**

Die kommunale Investitionsschwäche in Deutschland setzt sich nach dem vollständigen Auslaufen der Konjunkturpakete fort. Dieses verdeutlichen die Ergebnisse der aktuellen KfW Blitzbefragung Kommunen, einer Umfrage unter rund 250 kommunalen Finanzentscheidern. Demnach ist nicht mit einer nachhaltigen Belebung der kommunalen Investitionstätigkeit in den kommenden sechs Monaten zu rechnen. [Hier dazu mehr über eine Blitzbefragung der KfW.](#)

- **Was der Verkauf des Tafelsilbers wirklich bringt**

Die Redaktion der WAZ ist der Frage nachgegangen, ob durch einen Verkauf von Klinik, städtischen Anteilen ... durch die Stadt Duisburg und der sich daraus ergebenden Folgen eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung möglich wäre. [Dazu hier mehr.](#)

1.3 Daseinsvorsorge

- **Leitfaden für die Finanzierung von Versorgungsnetzen**

Der Deutsche Städtetag (DST), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) haben einen [gemeinsamen Leitfaden](#) für die Finanzierung von Versorgungsnetzen erarbeitet.

- **Wasserversorgung muss öffentliche Aufgabe bleiben**

Am 24.01.2013 entschied der Binnenmarktausschuss im EU-Parlament mehrheitlich mit den Stimmen von Konservativen und Sozialdemokraten, jetzt selbst die Wasserversorgung der Privatisierung preiszugeben. Kommunen sollen zukünftig ihre Wasserversorgung ab einer Auftragshöhe von 8 Millionen europaweit ausschreiben und müssen dabei auch private Anbieter berücksichtigen. Sie stimmten dafür, die Privatisierung von Wasser zu ermöglichen. DIE LINKE im Europaparlament lehnt dies ab und stimmte dagegen. Wasser ist ein Grundrecht und darf nicht der Profitorientierung unterworfen werden. [Dazu eine Stellungnahme von Caren Lay.](#)

- **Erklärung von Helmut Markov zur Konzessionsrichtlinie im Bundesrat**

„...Öffentliche Güter, wie Strom- und Wärmeversorgung, Wohnen, sauberes Trinkwasser, Bildung, Gesundheitswesen, ... müssen für alle Bürgerinnen und Bürger so zugänglich sein, dass kein Ausschluss beispielsweise aus Gründen der sozialen Lage oder des Einkommens erfolgen kann. Deshalb dürfen sie nicht einseitig Gegenstand rein privater Gewinnerzielungsinteressen sein...“ [Mehr dazu](#) im Protokoll Seite 131-132 des Bundesrates.

1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)

- **Gemeinden muss bei Kreisumlage finanzielle Mindestausstattung bleiben**

Eine Kreisumlage, die der Landkreis von seinen kreisangehörigen Gemeinden erhebt, darf nicht dazu führen, dass den Gemeinden keine finanzielle Mindestausstattung zur Wahrnehmung ihrer Pflichtaufgaben sowie von freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben mehr bleibt. Dieses entschied [das Bundesverwaltungsgericht](#). (BVerwG 8 C 1.12)

AZ: LVG 36/10 [Urteil vom 15.01.2013](#)

[Kommunalrecht \(Kommunalverfassungsbeschwerde\)](#)

AZ: LVG 1/12 [Urteil vom 15.01.2013](#)
[Gerichtsentscheidung \(Verfahrensrecht\)](#)

AZ: LVG 60/10 [Urteil vom 19.02.2013](#)
[Kommunalrecht \(Kommunalverfassungsbeschwerde\)](#)

1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

- **Neue Regional- und Strukturpolitik**

Immer noch gibt es in Deutschland zu viele Unterschiede in der Strukturentwicklung: Ungleiche Renten und Löhne in Ost und West, aber auch fehlende Förderung strukturschwacher Regionen im Westen sind weiterhin Brennpunkte. [Dietmar Bartsch](#) stellte in Berlin gemeinsam mit Partei- und Fraktionsspitzen ein Konzept zur Strukturentwicklung vor und nannte die [wichtigsten Forderungen der LINKEN](#).

- **Sozialen Wohnungsbau fördern statt Eigenheimzulage für Besserverdienende**

Ramsauer bleibt weiter ein dringend nötiges Gesamtkonzept zur Bau- und Wohnungspolitik in Deutschland schuldig. Er setzt auf Förderung für Besserverdiener, um die Eigentumsquote zu erhöhen. Die Wiedereinführung der Eigenheimzulage wird die Probleme in den Ballungsräumen nicht lösen. Ramsauer bleibt weiter ein dringend nötiges Gesamtkonzept zur Bau- und Wohnungspolitik in Deutschland schuldig. Er setzt auf Förderung für Besserverdiener, um die Eigentumsquote zu erhöhen. Die Wiedereinführung der Eigenheimzulage wird die Probleme in den Ballungsräumen nicht lösen. Mehr dazu [in einer Presseerklärung](#) von Heidrun Bluhm.

1.6 Verschiedenes

- **Nahversorgung in ländlichen Räumen**

Die [Veröffentlichung](#) gibt einen Überblick über aktuelle Handlungsansätze zur Sicherung der Nahversorgung in ländlichen. Im ersten Teil werden der Forschungsstand sowie die unterstützenden Instrumente der Raumordnung und Förderpolitik beschrieben. Anschließend werden verschiedene Versorgungskonzepte im Hinblick auf ihren Beitrag zur Nahversorgung, ihre soziale Funktion, ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit und ihre Übertragbarkeit untersucht und bewertet.

- **Kommunal Mobil**

Dieses [Informationsportal](#) des Umweltbundesamtes richtet sich an kommunale Entscheidungsträger und Verkehrsplaner, Nichtregierungsorganisationen und interessierte Bürgerinnen und Bürger. Es soll einen Überblick geben über die Erfahrungen und Erkenntnisse aus Projekten, die das Umweltbundesamt zum umweltfreundlichen Verkehr in Städten und Gemeinden gefördert hat. Eine kurze Beschreibung der einzelnen Vorhaben ermöglicht es, schnell die Relevanz für die eigene Situation einzuschätzen. Links führen dann zu den einzelnen Berichten und weiteren Materialien.

- **Kommunen aktiv gegen Kinderarbeit**

Was können kommunale MandatsträgerInnen gegen Kinderarbeit tun? Konkrete [Handlungsempfehlungen und wichtige Info. Materialien](#) sowie [Musteranträge](#) sind auf der Seite www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de zu finden.

- **Viele Banken und Sparkassen haben für die Bearbeitung von Krediten unzulässig Geld kassiert**

Eine Rückzahlung wollen sie vorerst nicht. Doch die Kunden können sich wehren. Die Rechtslage ist eigentlich eindeutig. Acht Oberlandesgerichte und diverse Amts- und Landgerichte haben zugunsten der Verbraucher entschieden und Gebühren einkassiert, die Banken und Sparkassen ihren Kredit-Kunden jahrelang abgeknöpft hatten. Die Kreditbearbeitungsgebühren seien unzulässig und müssten erstattet werden, befanden die Richter. [Mehr dazu im Tagesspiegel](#).

2. Problemfelder aus Landtag und Land

Dr. Helga Paschke Leistungsfähiger Landesfeuerwehrverband in Sachsen-Anhalt unverzichtbar

Warum heute dieser Antrag? Um es mit gängigen Worten aus dem Bereich des Brandschutzes zu sagen: Die Hilfsfrist ist ausgeschöpft. Wir sind dicht davor, sie zu überschreiten. Der Landesfeuerwehrverband steckt in der Krise, aus der er nicht allein kommt. Dabei sind wir alle gefordert - wir als Parlament, aber vor allen Dingen auch die... [MEHR...](#)

Dr. Frank Thiel zur GRW-Förderung im Jahr 2012 - Wirtschaftliche Erfolgsgeschichte für das Land Sachsen-Anhalt

Es ist immer gut, wenn ein Parlament die Landesregierung auffordert, ihr Wirken zu analysieren, vor allem, wenn es um exekutives Handeln geht. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, wenn Analyse, dann möglichst detailgetreu und deshalb haben wir uns erlaubt, einen Änderungsantrag zu stellen, der weitere wichtige Bestandteile der GA-Richtlinie... [MEHR...](#)

Birke Bull zur Schulsozialarbeit

Inklusion ist ein großes Wort und ein großes Konzept. Dazu wird momentan auch sehr kontrovers diskutiert. Das hat zum einen eine demokratische Dimension; denn es geht in der Tat um nicht mehr - aber eben auch um nicht weniger - als die gleichen Chancen beim Zugang zu Kultur, Bildung, Information und Kommunikation. Es ist also gewissermaßen schon... [MEHR...](#)

Dr. Angelika Klein zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2010

In dieser Beschlussempfehlung, die im Unterschied zu vielen anderen Dokumenten im Ausschuss für Finanzen einstimmig angenommen wurde, finden Sie eine Vielzahl von Schlussfolgerungen für die künftige Arbeit der Landesregierung, die das Parlament immer wieder zu Rate ziehen sollte. Das betrifft nicht nur die unter Punkt 4. genannten teilweise noch... [MEHR...](#)

Sven Knöchel zu Kommunen als Partner begreifen, STARK IV verfassungskonform umsetzen

Nicht zuletzt die Beiträge, die wir heute hören durften, zeigen, dass der Antrag, den wir gestellt haben, notwendig war, obwohl ich zugebe: Möglicherweise war er nicht notwendig; denn in ihm stehen eine Menge Selbstverständlichkeiten, die zu beantragen es eigentlich nicht lohnt. Dass wir ihn trotzdem gestellt haben, vor allem den Punkt... [MEHR...](#)

Gerald Grünert zu TOP 28: Kommunen als Partner begreifen, STARK IV verfassungskonform umsetzen

Mit unserem Antrag „Kommunen als Partner begreifen, STARK IV verfassungskonform umsetzen“ wollen wir die berechtigten Bedenken aufgreifen, die es in den Gemeinden, Städten und Landkreisen Sachsen-Anhalts gibt. Befürchtungen, durch das Programm STARK IV entmündigt und in seinem kommunalen Selbstverwaltungsrecht beschränkt zu werden, gibt es in den... [MEHR...](#)

Dr. Helga Paschke zu TOP 27: Stellungnahme der Landesregierung zu alternativ vorliegenden Positionen zur Personalentwicklung

Ich hoffe sehr, dass Finanzminister Bullerjahn den vorliegende Antrag nicht wieder mit den Worten kommentiert: "Kommen Sie doch mal mit mir eine Tasse Kaffee trinken, dann werde ich Ihnen gerne noch mal alles erklären, obwohl ich Ihnen das schon so oft erklärt habe!" Das wäre schlecht, zum einen, weil ich keinen Kaffee trinke und... [MEHR...](#)

3. Veranstaltungen

- **3. 10. April 2013**
Kongress "Weißbuch Innenstadt - eine Zwischenbilanz"
Veranstalter: [BMVBS](#)
Ort: Berlin
- 14.04.2013 Burg mit Sven Knöchel

- 19. April 2013
Städtebauförderkongress
Veranstalter: [Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung](#)
Ort: Berlin
- **20./21.04.2013 Wochenendseminar in Havelberg**
- **21.04.2013 Kommunalpolitischer Tag in Halle**
- 14.05.2013 „Anhalt 2025“ in Dessau
- 6. bis 7. Juni 2013
kommunal mobil
Veranstalter: [Umweltbundesamt, Difu](#)
Ort: Dessau-Roßlau

4. Veröffentlichungen

- **Altengerechtes Wohnen. Handbuch und Planungshilfe**
Barbara S. Hergott - Verlag Dom publishers, 2012, ISBN: 978-3-86922-149-6,
Dieses Handbuch vermittelt mit 32 sorgfältig ausgewählten internationalen Bauten und Projekten die wichtigsten Parameter für das Planen von Altenheimen, Pflegeheimen, Hospizen und Mehrgenerationenhäusern. Großformatige Fotos und detailreiche Zeichnungen ergänzen die Projektpräsentationen.
- **Klein- und Mittelstädte in Deutschland - eine Bestandsaufnahme**
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung - Franz Steiner Verlag, 2012, ISBN: 978-3-515-10271-1
Kurzbeschreibung: Fast zwei Drittel aller Einwohner Deutschlands leben in Klein- und Mittelstädten, mehr als die Hälfte arbeitet auch dort. Wie sieht die Situation und Entwicklung dieser Städte aus? Wie steht es um die Infrastruktur-Ausstattung? Sind die Bewohner zufrieden mit den Lebensbedingungen? Vor welchen Problemen stehen die Städte und wie kann die Politik ihnen begegnen? Diesen und weiteren Fragen widmet sich die Analyse des BBSR, die sich auf eine breite Datenbasis stützt.

5. Kontakte

Gerald Grünert

Vorsitzender „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.
Kommunalpolitischer Sprecher Fraktion „**DIE.LINKE**“ - im Landtag von Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 560 50 06
Fax: (03 91) 560 50 20
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Mail: gruenert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Siegfried Walter

Mitarbeiter Geschäftsstelle „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 7 34 82 00
Fax: (03 91) 7 34 81 67
Geschäftsstelle:
Walther-Rathenau-Straße 57
39104 Magdeburg
Mail: kf-lsa@t-online.de

